

- > FDP gegen Streichung der Umsatzsteuer für Presseerzeugnisse
- > Sanierungsfusionen und Kooperationen von Verlagen sollten erleichtert werden
- > FDP fordert schnelle Änderung des FFG, um eine Gleichbehandlung der Einzahler zu erreichen

„Gegenüber Subventionen bin ich als Liberaler grundsätzlich skeptisch“

> Interview mit Hans-Joachim Otto, FDP, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien



> Hans-Joachim Otto

Geboren: 30. Oktober 1952 in Heidelberg
1971 - 1977 Studium der Rechtswissenschaften,
Wirtschaftswissenschaften und Soziologie
1980 -1983 wissenschaftlicher Assistent
Seit 1992 Vorsitzender der FDP-Medienkommission
Seit 1995 Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes
Rhein-Main
Mitglied des Bundestages 1990 - 1994 und seit 1998
Seit Mai 2005 Mitglied des FDP-Bundesvorstandes
Seit November 2005 Vorsitzender des Kultur- und
Medienausschusses

Gegenüber Subventionen zeigt sich Hans-Joachim Otto, medienpolitischer Sprecher der FDP und Vorsitzender des Kultur- und Medienausschusses des Deutschen Bundestages, „natürlich grundsätzlich skeptisch“. „Wir sollten uns stattdessen noch intensiver um positive Rahmenbedingungen bemühen“, so Otto. So sei im Pressebereich z. B. bei der Werberegulierung ein Ausmaß erreicht, das er nicht mehr für nachvollziehbar halte. „Wir sollten uns von gesellschaftspolitischen Träumereien der Verhaltenssteuerung verabschieden und Wettbewerbsbeschränkungen und Verbote rigoros abbauen, denn Werbung ist noch immer der zentrale Pfeiler der Finanzierung von Presse und Medien“ stellt der Medienfachmann fest. Fragen an Hans-Joachim Otto auch zum Medienfusionsrecht und zur Klage von Kinobetreibern gegen das FFG.

promedia: Herr Otto, sehen Sie die Pressevielfalt durch die aktuelle Krise gefährdet?

Otto: Der Rückgang der Anzeigenerlöse ist natürlich primär keine Auswirkung der aktuellen Wirtschaftskrise, sondern ein bereits länger zu beobachtendes Phänomen. Allerdings wird dieses durch die aktuelle Krise noch verschärft. In der Tat ist ein Rückgang von Angeboten absehbar. Wir sollten allerdings nicht bei jeder Einstellung eines Pressetitels, der unter Umständen online weitergeführt wird, gleich den Abgang auf die Pressevielfalt antimmen. Ich denke, dass wir in Deutschland gegenwärtig und auch künftig über eine große Pressevielfalt verfügen. Die Chancen des Online-Bereichs müssen noch stärker berücksichtigt werden, auch wenn ich persönlich

immer noch lieber eine gedruckte Zeitung oder Zeitschrift in der Hand halte.

promedia: Trifft eine mögliche Bedrohung die kleineren Zeitungen vielleicht doch stärker?

Otto: Es ist zwar ein verbreiteter Irrglaube, dass gesunde Unternehmen nur solche sind, die groß sind, aber man muss andererseits berücksichtigen, dass kleinere, lokale Zeitungen oft weniger Spielräume haben, um ihre Kosten noch weiter senken zu können. Ich fürchte auch, dass viele der wichtigen Großanzeigen z. B. des Einzelhandels oder auch der Bundesregierung gerade an den Lokalzeitungen vorbeigehen. Deswegen muss man ein größeres Gefährdungspotential bei den kleineren lokalen Zeitungen konstatieren, was mich sehr betrübt.

promedia: Sollte man nach dem französischen Modell Zeitungen subventionieren?

Otto: Gegenüber Subventionen bin ich als Liberaler natürlich grundsätzlich skeptisch. Es wird dabei häufig verkannt, dass Subventionen für den einen zwangsläufig auch immer Wettbewerbsverzerrung für den anderen bedeuten. Wir sollten uns stattdessen noch intensiver um positive Rahmenbedingungen bemühen. So ist z. B. bei der Werberegulierung ein Ausmaß erreicht, das ich nicht mehr für nachvollziehbar halte.

Wir sollten uns von gesellschaftspolitischen Träumereien der Verhaltenssteuerung verabschieden und Wettbewerbsbeschränkungen und Verbote rigoros abbauen, denn Werbung ist noch immer der zentrale Pfeiler der Finanzierung von Presse und Medien. Problematisch für die Presse ist aber auch die gebührenfinanzierte Ausdehnung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den Bereich der Online-Presse.

Die Schwächung der Refinanzierungsmöglichkeiten privater Presseanbieter durch ARD, ZDF und Co. stellt eine Gefahr für die Pressevielfalt dar. Ich sehe auch nach Verabschiedung des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrags großen Handlungsbedarf in diesem Bereich.

promedia: Angesichts der großzügigen Förderung der Filmwirtschaft, stellt sich da nicht die Frage, ob die Presse nicht auch einen kulturellen Beitrag leistet?

Otto: Selbstverständlich leistet die Presse wichtige kulturelle Beiträge. Sie ist ein Teil der deutschen Kulturlandschaft, das wird von niemandem bestritten. Trotzdem hielte ich es für falsch, nach Belieben verschiedene Branchen zu vergleichen, denn es existieren viele Unterschiede. Das Ziel des DFFF ist es, internationale Produktionen nach Deutschland zu holen und den Produktionsstandort Deutschland internatio-

nal wettbewerbsfähiger zu machen. Der Standort Deutschland befindet sich in einem Wettbewerb mit subventionierten europäischen Plätzen. Diese Ausgangslage lässt sich nicht unmittelbar auf die Presse übertragen. Im Übrigen gibt es bereits jetzt einige pressefördernde politische Rahmenbedingungen, wie etwa den reduzierten Mehrwertsteuersatz und nicht zu vergessen das vielfaltsfördernde Instrument des verlagsunabhängigen Pressegrasso-Systems.

promedia: Es gibt Forderungen nach einem Umsatzsteuersatz von null Prozent.

Otto: Das wünschen sich wohl alle, aber eine Streichung der Umsatzsteuer würde Präzedenzfälle schaffen. Diese Forderung würden sofort die ganze Kulturwirtschaft und viele andere Bereiche übernehmen. So wünschenswert es sein mag, aber das halte ich nicht für realistisch.

promedia: In den letzten Wochen tauchen wieder verstärkt Überlegungen zu einer Novellierung der Pressefusionskontrolle auf. Ist das notwendig?

Otto: Wettbewerb bedeutet eine Vielzahl von Anbietern, nicht nur von Titeln. Deswegen kann ich mir nicht vorstellen, dass man die presse-spezifischen Regelungen des Wettbewerbsgesetzes so verändert, dass die Übernahme von kleinen Zeitungen stark erleichtert wird. Ich halte es allerdings für sinnvoll zu prüfen, ob man nicht die Kooperationsmöglichkeiten beim Vertrieb, bei der Anzeigenakquisition und beim Druck etwas erleichtert. Außerdem könnten wir bei erleichterten Möglichkeiten von Sanierungsfusionen etwas größere Freiheiten geben, ohne die Pressevielfalt zu gefährden. Diese Möglichkeiten sehe ich im Bereich der Reform des Pressefusionsrechtes.

promedia: Durch eine Novellierung des Medienfusionsrechtes soll die Übernahme von TV-Sendern durch Verlage erleichtert werden. Was halten Sie davon?

Otto: Auch da müssen wir darauf achten, dass die Presse- und Meinungsvielfalt nicht eingeschränkt wird. Zum Beispiel würde es durch die Übernahme eines führenden Privatsenders durch das führende deutsche Printheus natürlich zu erheblichen crossmedialen Wirkungen kommen, die wir nicht aus den Augen verlieren dürfen. Grundsätzlich darf es Fusionen im Medienbereich geben, aber die crossmedialen Effekte müssen wir berücksichtigen.

promedia: Ist nicht gerade das Scheitern der von Ihnen zitierten Übernahme von ProSiebenSat.1 durch Springer ein Zeichen dafür, dass unsere Gesetzgebung nicht ausreichend ist?

Otto: Ich bestreite nicht, dass es momentan eine unglückliche Entwicklung bei ProSiebenSat.1

gibt, aber das hat nichts mit Aus- oder Inland zu tun, sondern mit einem Investor, der offensichtlich nur an schnellem Wachstum interessiert ist, was unglücklich ist. Ich möchte uns aber doch empfehlen, gerade als ein weltoffenes Land und Exportweltmeister, keine Ressentiments gegenüber ausländischen Anbietern zu haben. Wenn diese solide wirtschaften, dann sollte man nicht von vornherein behaupten, dass sie schlechter als deutsche Häuser wären.

promedia: Kann man Übernahmen im Fernsehbereich ermöglichen und trotzdem vorherrschende Meinungsmacht verhindern?

Otto: Ich will kein Verbot der Übernahme von Fernsehsendern durch Zeitungshäuser, aber wir müssen selbstverständlich nach unserem System die crossmedialen Wirkungen beachten. Wenn in der „Bild“-Zeitung plötzlich nur noch Hinweise auf Sendungen von ProSiebenSat.1 kämen, dann wäre das eine erhebliche wettbewerbliche Verzerrung gegenüber anderen Privatsendern, deswegen muss das abgewogen werden. Diese Entscheidung ist im Übrigen nicht durch Politiker zu treffen, sondern durch die Kartellbehörden und die KEK. Wir Politiker haben nur Rahmenbedingungen zu setzen und dabei darauf zu achten, dass die Auswirkungen einer Übernahme für die Meinungsvielfalt seriös, nachvollziehbar und langfristig geprüft werden.

promedia: Welche Rolle soll das Internet bei der Entscheidung über vorherrschende Meinungsmacht spielen?

Otto: Natürlich muss man dabei das Internet berücksichtigen, aber wir müssen uns auch überlegen, wie wir weiterhin einen vielfältigen Printpressemarkt sichern und wie sich die Einschränkungen im Printmarkt durch das Internet kompensieren lassen. Ich denke, dass man den Medienmarkt insgesamt und die Teilmärkte besser berücksichtigen muss. Dabei spielen die Nutzungsgewohnheiten der unterschiedlichen Altersgruppen eine Rolle, denn Vielfalt kann nur aus Sicht des Rezipienten bestehen, sie ist kein Selbstzweck. Viele Bürger bilden sich ihre Meinung nach wie vor über die Printpresse, die können wir nicht darauf verweisen, dass es zwar nur noch eine Zeitung am Kiosk gebe, sie sich aber weitere Meinungen im Internet suchen können. Hier ist eine sehr komplizierte, auf die veränderten Nutzungsgewohnheiten abgestellte Analyse notwendig.

promedia: Die Produzentenallianz befürchtet Probleme durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Klage von Kinobetreibern. Wie sehr ist die FFA-Förderung bedroht?

Otto: Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig und die Frage wird dem Bundesverfassungsge-

richt vorgelegt, so dass es also auch noch eine längere Zeit gewährleistet ist. Ich finde das System der FFA grundsätzlich positiv und richtig, aber die FDP hatte bereits bei der Novellierung des FFG auch auf dieses verfassungsrechtliche Problem hingewiesen. Wir sind damals nur leider nicht gehört worden und unser Entschließungsantrag ist abgelehnt worden. Wir müssen, um dieses sinnvolle System verfassungsrechtlich wasserdicht zu machen, darauf achten, dass es hier keine Ungleichbehandlung gibt. Ich plädiere dafür, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten, aber sich bis dahin einen Plan B zurechtzulegen, was zu tun ist, wenn eine Ungleichbehandlung festgestellt wird. Dann wird man auch den Widerstand bei den Öffentlich-Rechtlichen und Privaten gegen eine Pflichtabgabe abbauen müssen. Ich möchte nicht, dass das gesamte System der Filmförderung in Deutschland daran scheitert, dass einige sich nicht in die Pflicht nehmen lassen.

promedia: Bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts könnte es zwei bis drei Jahre dauern und einige zahlen auch nur unter Vorbehalt...

Otto: Juristisch bedeutet dieses Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes keine Änderung der Rechtslage und niemand, der in dem Gesetz verpflichtet worden ist, ist berechtigt, seine Zahlungen einzustellen und sich aus dem System zu verabschieden. Trotzdem halte ich es für sinnvoll, Gespräche aufzunehmen, insbesondere mit allen Sendern. Wenn wir hier einen Konsens erzielen könnten, dass das System nicht zusammenbrechen darf und man in angemessener Weise auch verpflichtend in das System einzahlt, wäre das natürlich eine viel positivere Entwicklung und wir benötigten möglicherweise gar keine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Ich finde es sowieso äußerst betrieblisch, dass in der Medienpolitik die Entscheidungen immer häufiger in Karlsruhe getroffen werden als in Berlin bzw. in den Ländern. Eine überzeugende Politik läge darin, dass sich alle an einen Tisch setzen und versuchen, ein konsensuales Modell zu entwickeln.

promedia: Dann müsste das gerade erst novellierte FFG doch noch einmal geändert werden?

Otto: Ja, ich war von vornherein der Auffassung, dass wir die Schiefelage bei den Fernsehveranstaltern vermeiden und im Gesetz eine ausgewogene Regelung treffen sollten. Das war eine Schwäche des FFG und ist von der FDP bereits bei der Novellierung genannt worden. Ein überzeugendes Gesetz führt zu einer Gleichbehandlung aller Anbieter, wobei deren immaterielle Leistungen für den Film angemessen zu berücksichtigen sind. (HH)